



Wer einen Migrationshintergrund hat, ist deutlich häufiger arbeitslos als Menschen ohne – ein Phänomen, das die Krise noch verschärft hat. Das liegt aber nicht etwa an kulturellen Unterschieden, vielmehr arbeiten mehr MigrantInnen im Niedriglohnsektor und dieser ist Konjunkturschwankungen stärker ausgesetzt.

bracht hat, oder das neue, modular aufgebaute Jugendcollege in Wien weisen hier zwar in die richtige Richtung. Gleiches gilt beispielsweise auch für den Qualifikationspass von AMS und WAFF in Wien, der sowohl formal wie nonformal erworbene Kompetenzen dokumentiert und mit entsprechenden Fortbildungsempfehlungen und Fördermaßnahmen verknüpft.

All das ändert freilich nichts daran, dass im Grunde ein Systemwandel auf Bundesebene nötig wäre. So meint etwa der Integrationsexperte August Gächter, dass für jeden zweiten Flüchtling eine Lehre attraktiv sein würde. Hier müsste allerdings das duale/berufliche Ausbildungssystem inklusive der Frage der Lehrlingsentschädigung/Entlohnung für eine erwachsene Zielgruppe völlig neu organisiert werden. Neben Flüchtlingen könnten und sollten davon natürlich auch andere formal geringfügig qualifizierte Personen profitieren.

Keine Einbahnstraßen schaffen

Welchen Effekt auf den Arbeitsmarkt diese Höherqualifikation insgesamt haben würde, ist demgegenüber umstritten: Sinkt die Arbeitslosigkeit tatsächlich durch die angenommene Behebung eines Fachkräftemangels? Oder kommt es nur zu neuen Verdrängungsprozessen? Wichtig wäre daher, bei Qualifizierungsmaßnahmen auf die Stärkung allgemeiner Kompetenzen zu fokussieren und keine Einbahnstraßen zu schaffen, die sich lediglich an kurzfristigen (ggf. auch kurzfristigen) Erfordernissen der Betriebe orientieren.

Ein problematischer Aspekt an der Diskussion „Arbeit durch Qualifikation“ ist darüber hinaus, dass oft den Betroffenen selbst die alleinige Verantwortung für ihre angebliche „Bildungsferne“ bzw. Arbeitslosigkeit zugeschrieben wird. Genau an diesem Punkt setzen neoliberale IdeologInnen sowie konservative und rechtspopulistische PolitikerInnen generell an. Im Fokus stehen dabei momentan geflüchtete Personen.

Neoliberales Zündeln

Bereits im Jänner haben einige IWF-Experten zeitlich befristete Ausnahmen bei Mindestlöhnen für Flüchtlinge vorgeschlagen. Bernhard Achitz, Leitender Sekretär des ÖGB, bezeichnet das klar und deutlich als neoliberalen Blödsinn: zuerst für Flüchtlinge, dann für Langzeitarbeitslose, am Ende sei das System „völlig durchlöchert“. Solche Vorschläge seien, so Achitz, zudem „Gift“ für die Debatte.

Für die AK Oberösterreich liegt auch die Kürzung der Mindestsicherung genau in diesem Trend, nämlich über das Zündeln mit dem Flüchtlingsthema allgemeingültige, soziale Rechte zu beschneiden: „Es kann nicht sein, dass immer zulasten der Armen und Ärmsten gekürzt wird“, kommentierte der oberösterreichische AK-Präsident Johann Kalliauer den Beschluss der ÖVP/FPÖ-Landesregierung. Und in den u. a. von Heinz-Christian Strache und Sebastian Kurz geforderten Ein-Euro-Jobs für Flüchtlinge sieht ÖGB-Präsident Erich Foglar zu Recht drohendes Lohn- und Sozialdumping.

Auch wenn somit Verdrängungsprozesse am Arbeitsmarkt momentan konkret vor allem Menschen mit Migrationshintergrund betreffen, ist die steigende Arbeitslosigkeit eine Belastung für die Gesellschaft. Das gilt sowohl für die Betroffenen wie für die Sozialsysteme. Über den eigentlichen Hintergrund des Gesamtproblems berichtete demgegenüber die konservative Tageszeitung „Die Presse“ nüchtern: Das Arbeitsvolumen ist, gemessen an der Arbeitszeit, seit Einbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise um fast fünf Prozent zurückgegangen. Von 7,1 Milliarden Stunden (2008) fiel es auf inzwischen 6,761 Milliarden (2015) und liegt damit unter dem Niveau von 2004.

Neue Arbeit schaffen

Es gilt also neue Arbeit zu schaffen bzw. die vorhandene Arbeit sinnvoll zu verteilen. Die Themen liegen dabei auf der Hand: etwa Kritik am – für die öffentlichen Investitionen fatalen – Korsett der EU-Budgetvorgaben. Oder die Forderung nach der allgemeinen Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohn- und Personalausgleich.

Verdrängungsprozesse
am österreichischen Arbeitsmarkt:
tinyurl.com/gwxzu92

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
johnevers@gmx.net
oder die Redaktion
aw@oegb.at